Richtlinie über die Gewährung von Leistungen
zur Unterstützung von durch die Covid-19-Pandemie in Liquiditätseingpässe
geratene kleine gewerbliche Unternehmen, Angehörige freier Berufe
und Soloselbständige
(Liquiditätssicherung für kleine Unternehmen)

1. Zweck, Rechtsgrundlage

1.1 Der Landkreis Hameln-Pyrmont sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden gewähren Mittel als freiwillige Leistung nach Maßgabe dieser Richtlinie und den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen. Die Leistungen werden kleinen gewerblichen Unternehmen, Soloselbständigen und Angehörigen freier Berufe, die in Folge der Covid-19-Pandemie in eine existenzbedrohliche Wirtschaftslage und/oder in Liquiditätseingpässe geraten sind, gewährt.

Ziel der Leistung ist es, Insolvenzen und Entlassungen zu vermeiden sowie den Bestand von kleinen Unternehmen zu sichern.

1.2 Die Leistung ist eine De-minimis-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24. Dezember 2013) – im Folgenden: De-minimis-Verordnung -.

Die in dieser Verordnung genannten Voraussetzungen müssen für die Gewährung der Leistung gegeben sein. Der Gesamtbetrag der einem Unternehmen von einem Mitgliedstaat gewährten De-minimis-Beihilfen darf innerhalb eines fließenden Zeitraums von drei Steuerjahren den Betrag von 200 000 Euro nicht überschreiten.

Alternativ zur Anwendung der De-minimis-Verordnung kann die Gewährung der Leistung auf Grundlage der Bundesrahmenregelung „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ (Regelung zur vorübergehenden Gewährung geringfügiger Beihilfen im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Ausbruch von Covid-19 des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, März 2020) erfolgen. Sämtliche Voraussetzungen dieser Bundesrahmenregelung sind durch die Bewilligungsstelle einzuhalten.

1.3 Ein Rechtsanspruch der Antragstellerin oder des Antragstellers auf Gewährung der Leistung besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Leistung

2.1 Die Leistungen werden zur Überwindung der existenzbedrohlichen Wirtschaftslage und/oder von Liquiditätsengpässen von kleinen gewerblichen Unternehmen, Angehörigen freier Berufe und Soloselbständigen gewährt, die durch die Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 entstanden sind.

2.2 Von der Leistung ausgeschlossen sind kleine gewerbliche Unternehmen, Angehörige freier Berufe und Soloselbständige, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist. Dasselbe gilt für Antragstellerinnen und Antragstellern, die zur Abgabe der Vermögensauskunft nach § 802c der Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 der Abgabenordnung (AO) verpflichtet sind oder bei denen diese abgenommen wurde.

3. Empfängerinnen und Empfänger der Leistung

Empfängerinnen und Empfänger der Leistung sind kleine gewerbliche Unternehmen, Angehörige freier Berufe und Soloselbständige mit einer Betriebsstätte im Landkreis Hameln-Pyrmont, die in Folge der Covid-19-Pandemie in eine existenzbedrohliche Wirtschaftslage und/oder in Liquiditätsengpässe geraten sind.

Kleine gewerbliche Unternehmen im Sinne dieser Richtlinie sind nach den aktuell gültigen KMU-Schwellenwerten der EU wie folgt definiert:

- bis 49 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) und
- Jahresumsatz bis 10,0 Mio. Euro oder
- Jahresbilanzsumme bis zu 10,0 Mio. Euro.

4. Besondere Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss in Folge der Covid-19-Pandemie in eine existenzbedrohliche Wirtschaftslage und/oder in einen Liquiditätsengpass geraten sein. Das heißt konkret, dass das jeweilige Unternehmen vor März 2020 nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen sein darf und der Liquiditätsengpass nach dem 11.3.2020 erfolgt sein muss. Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat dem Antrag eine Versicherung an Eides statt zu den Gründen der existenzbedrohlichen Wirtschaftslage und/oder des Liquiditätsengpasses abzugeben.

4.2 Von einem Liquiditätsengpass ist auszugehen, wenn es der Antragstellerin oder dem Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht mehr möglich ist, unter Einsatz aller

sonstigen Eigen- und Fremdmittel (z . B. auch Entschädigungsleistungen oder Steuerstundungen) den Zahlungsverpflichtungen für das Unternehmen fristgemäß nachzukommen.

4.3 Die Leistung ist für Zwecke des Unternehmens einzusetzen und kann im Falle unrichtiger Angaben zurückgefordert werden.

5. Art und Umfang, Höhe der Leistung

5.1 Die Leistung ist in Abhängigkeit von der Betriebsgröße wie folgt gestaffelt:

- bis 5 Beschäftigte: 3.000 Euro
- bis 10 Beschäftigte: 5.000 Euro
- bis 30 Beschäftigte: 10.000 Euro
- bis 49 Beschäftigte: 20.000 Euro

Teilzeitkräfte werden im Verhältnis ihrer anteiligen Arbeitszeit berücksichtigt.

5.2 Die Leistung nach dieser Richtlinie kann nur einmal je Unternehmen bzw. je Antragstellerin oder Antragsteller gewährt werden. Eine Kombination mit Förderprogrammen des Landes und des Bundes im Zusammenhang mit der COVID 19-Pandemie ist zulässig.

Das Programm des Landkreises Hameln-Pyrmont ist dabei subsidiär. Von der Antragstellerin oder vom Antragsteller sind deshalb entsprechende Leistungen beim Land/Bund zu beantragen.

Soweit diese Förderprogramme ebenfalls auf Grundlage der De-minimis-Verordnung ausgestaltet sind, sind dabei die bestehenden Höchstgrenzen nach der De-minimis-Verordnung (Nummer 1.2 dieser Richtlinie) zu beachten.

6. Antragsverfahren

6.1 Antragseingang-/Bewilligungsstelle ist der Landkreis Hameln-Pyrmont, Süntelstraße 9, 31785 Hameln sowie die Stadt Hameln, Rathausplatz 1, 31785 Hameln für ihren Bereich.

6.2 Die Bewilligungsstelle stellt die für die Antragstellung und die Auszahlungsanforderung erforderlichen Informationen auf ihrer Internetseite bereit.

6.3 Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist zu verpflichten, die Leistung zurückzuzahlen, soweit Entschädigungsleistungen, Versicherungsleistungen und/oder andere Fördermaßnahmen einzeln und oder zusammen zu einer Überkompensation führen. Darlehen sind von einer Anrechnung ausgenommen.

6.4 Die Antragstellerin oder der Antragsteller wird darauf hinzuweisen, dass eine Prüfung durch den Landkreis Hameln-Pyrmont/die Stadt Hameln erfolgen kann.

7. Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie tritt am 03.04.2020 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2020 außer Kraft.